

# Kommentare

## Nach 75 Jahren

Das hitlerfaschistische Regime richtete sich gegen alle anders Denkenden sowie gegen Menschen anderer Herkunft, Hautfarbe und Religion. Es untergrub alle noch einigermaßen friedlichen, weil multipolar vom Völkerbund geregelten Verhältnisse in Europa und hielt bipolare Bündnisse geeignet für seine Kriegsvorbereitungen. Es wollte die von wirtschaftlichen, militärischen und politischen Eliten gewünschte deutsche Vormachtstellung schaffen und den eigenen Wirtschaftsraum in Europa erweitern, wobei der *Reichsverband der Deutschen Industrie* dies bereits 1931 als Gebiet „Bordeaux bis Odessa“ ins Auge gefasst hatte. Im geplanten „Großgermanischen Reich“ der Nazis drohte anderen Völkern Vertreibung oder Ermordung, allenfalls eine Existenz als auszubeutende Arbeitssklaven. Hitler äußerte im Rausch erster militärischer Erfolge, trotz der verlorenen Schlacht vor den Toren Moskaus: „Berlin wird als Welthauptstadt nur mit dem alten Ägypten, Babylon oder Rom vergleichbar sein! Was ist London, was ist Paris dagegen!“ Die Großverbrechen Zweiter Weltkrieg sowie der Genozid an den europäischen Juden konnten erst am 8. Mai 1945 gestoppt werden, im wahrsten Sinne des Wortes vom Faschismus befreiend...

75 Jahre danach wird abermals gefragt, ob wir in Halt fordernden, möglicherweise sogar wieder in haltlosen Zeiten leben? Aus vielen Gründen wird es eine einfache, direkte und formengleiche Wiederholung faschistischer Macht nicht geben. Sehr wohl aber erstarkt die Organisiertheit faschistischer Kräf-

te, sehr wohl lebt faschistisches Gedankengut ungeheuerlich auf – Ungeist also, dessen Wurzeln weit in die Zeit vor 1933 und auch in die vor dem Ersten Weltkrieg zurückreichen und die Zeiten überdauern. Nach Drittem Reich und Zweitem Weltkrieg wiesen alle Befragungen rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen bei 15 bis 20 Prozent der Bundesbürger aus. Auch in der DDR gab es solches, unzureichend gedeckelt und als Rowdytum verharmlost, nach ihrem Ende schnell entfeselt. Daher gilt es heute anzugehen gegen eine seit mehr als 100 Jahren spürbare Kontinuität und Wirksamkeit entsprechender Denkstrukturen. Die „Völkischen“ nahmen vielfach vorweg, was zu wesentlichen Merkmalen der Nazi-Ideologie geraten sollte: extrem nationalistisch, undemokratische Machtausübung im Interesse bestimmter Kreise wirtschaftlicher und militärischer Eliten anstrebend, rassistisch-antisemitisch und gewaltbereit sich über andere erhebend, geostrategisch nach Vormacht in Europa und anderen Teilen der Welt suchend.

In Befragungen sprachen sich oft mehr als 70 Prozent der Deutschen gegen Kriege aus. Das lässt hoffen, vielleicht auch auf eine neue Friedensbewegung, vergleichbar vielleicht jener, die in den 1970er und 80er Jahren Hunderttausende in großen Demonstrationen vereinte und wesentlich dazu beitrug, auf nationaler und auf internationaler Ebene „Koalitionen der Vernunft“ zu schaffen. Was zur Beendigung des „Kalten Krieges“ möglich war, sollte erneut angestrebt, wenn möglich auch durchgesetzt werden.

Denkbar scheint durchaus, dass unter allen Rüstungs- und Kriegsgegnern, überhaupt unter allen Kritikern unhalt-

bar gewordener Verhältnisse das Ringen um eine Gemeinschaftlichkeit wächst, die es ermöglicht, über widersprüchliche Interessen hinweg (vielleicht auch über den leider immer spürbaren Parteien-Egoismus hinaus) unterschiedliche Zukunftsvorstellungen zu beraten, vielleicht sogar zu erproben, bevor alles hinfällig wird im Falle des Sieges der extremen Rechten und eines Lebens in neuen Kriegszeiten, gleich, ob kalte oder heiße. Vorstellbar ist ja immer noch ein Atomkrieg, zu dem im Vergleich – wie kürzlich Georg Fülberth formulierte – selbst „eine Klimakatastrophe wie ein immerhin noch zeitlich gestreckter Prozess mit Gnadenfrist“ erscheinen könnte. Wie wäre es mit einer Ergänzung von „Fridays for Future“ hin zu „Alldays for Peace“? Denn der Satz stimmt doch nach wie vor: „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!“ Denkbar sind zudem Entwicklungen hin zu friedens-, sozial- und klimapolitischen Bewegungen über nationalstaatliche Grenzen hinaus, erzwungen geradezu als unentbehrliche Antwort auf alle Bestrebungen, die Welt in ein chaotisches Neben- und Gegeneinander neuer Nationalismen zu stürzen.

Hoffentlich nicht zu spät! Denn sonst könnte die Barbarei im Umgang von Menschen mit „anderen“ Menschen – gleich ob als rassistisch definiert, als dumm diffamiert oder als sozial minderwertig und entbehrlich angesehen – zu einem neuen, dann wohl aber endgültigen Ende führen. Eine erneute „Befreiung“ davon wie 1945 vom Faschismus – wie sollte die dann noch aussehen?

*Manfred Weißbecker*

## **Bürgerliche Front hinter den Hohenzollern**

Nur als Schmierenkomödie lässt sich das bezeichnen, was die Unionsfraktionen mit tatkräftiger Unterstützung der AfD in Debatte und Anhörung des Bundestages zur Entschädigung der Hohenzollern aufführte. Während sich das konservative Flaggschiff FAZ mit republikanischen Bekenntnissen gegen den historischen Deutungsanspruch des deutschen Adels auf die Zeitgeschichte wehrt, versuchen sich Union und AfD an einer Umdeutung der Zeitgeschichte mit dem Ziel, den reaktionären Konservatismus von seiner Verbindung zum Faschismus freizusprechen und gleichzeitig die Enteignungsentscheidung der sowjetischen Besatzungsmacht nach 1945 als Unrecht erscheinen zu lassen.

Die Hohenzollern wollen die Rückgabe bzw. das Zugriffsrecht auf mehrere Zehntausend Gegenstände aus der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und des Deutschen Historischen Museums. Dazu das Wohn- und Nutzungsrecht mehrerer Schlösser und Villen, u.a. Schloss Cecilienhof. Schließlich will die Familie Einfluss nehmen auf die Art der Darstellung ihrer Familiengeschichte in öffentlichen Ausstellungen und damit die Deutungshoheit über diesen Teil der deutschen Geschichte erlangen.

Aber es geht auch schlicht um Geld und den Zugriff auf bedeutende Kunstwerke und Kulturgüter. Schon historisch hat die Familie belegt, dass es ihr mitnichten um das Allgemeinwohl, sondern vor allem um das Wohl ihrer Familie geht. So wurden von den Hohenzollern wertvolle Gemälde gleich zweimal an den Staat verkauft

und das Tafelsilber bei Sotheby's in bare Münze umgesetzt.

Die Entscheidung der sowjetischen Siegermacht und auch der DDR, den deutschen Adel in ihrem Einflussgebiet vollständig zu enteignen war moralisch und historisch richtig. Dahinter zurückzufallen, war und ist ein schwerer politischer Fehler, der sich vor allem aus dem unbedingten Antikommunismus der BRD speist, hier eine Rückgabe überhaupt zu ermöglichen. Juristisch hängt die Möglichkeit der Rückgabe an der Frage, ob die Hohenzollern dem Nationalsozialismus „erheblichen Vorschub“ geleistet haben. So formuliert das 1994 ausgefertigte Ausgleichsleistungsgesetz in Paragraf 1 den Ausschluss von Entschädigungsleistungen für Fälle, in denen der Berechtigte oder seine Erben „dem nationalsozialistischen oder dem kommunistischen System in der sowjetisch besetzten Zone oder in der Deutschen Demokratischen Republik erheblichen Vorschub geleistet“ haben. Schon diese Gleichsetzung von NS-Regime und DDR ist unglaublich und eine Verharmlosung der NS-Verbrechen.

Der übergroße Teil der in- und ausländischen Fachhistoriker sind sich bei der Bewertung der Rolle des reaktionären Konservatismus als Wegbereiter des Faschismus einig und auch der „erhebliche Vorschub“ durch das Haus Hohenzollern wird von der großen Mehrheit bestätigt. Aber natürlich finden sich auch wissenschaftliche Adepten der Umdeutung. In der Bundestagsanhörung wollten Union und AfD daraus einen Patt der Historiker machen – ganz so als wenn sich Klimaforscher und Klimaleugner wissenschaftlich die Waage halten würden.

Die Hohenzollern sind ohne jeden Zweifel Hauptverantwortliche für die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts: den Ersten Weltkrieg. Hier ging es darum, in der innerimperialistischen Konkurrenz der europäischen Großmächte Deutschland als „verspäteter Nation“ einen „Platz an der Sonne“ zu erobern. Ergebnis dieser kriminellen Politik von Kaiser, Adel, Kapital und deutschen Konservativen: ca. 10 Mio. Tote und eine instabile Nachkriegsordnung, die schließlich auch den Faschismus hervorbrachte. Historisch (nicht juristisch) ist die Verantwortung auch der Hohenzollern für den Verlauf der weiteren Geschichte klar.

Die gegenwärtige Debatte kann als Anlass genommen werden, das enge Verhältnis von Konservatismus und Nationalsozialismus in der Frühphase zu thematisieren. Weimar ist eben nicht „zwischen den Extremen von rechts und links“ zerrieben, sondern von den konservativen Eliten (im Bündnis mit den Resten des Adels) zerschlagen worden, weil die sich niemals mit der Demokratie und der „Pöbelherrschaft“ abfinden wollten.

Die sich seit Jahren breitmachende Preußenrenaissance und auch die aktuelle Debatte ist Ausdruck einer konservativen und im Kern reaktionären Sehnsucht. In diesem Sinne ist der Wiederaufbau des Stadtschlösses in Berlin ein Akt der Regression.

In einem Artikel von Stefan Malinowski, eines der Gutachter im Streit der Historiker, wird der Satz von Kronprinzen Wilhelm aus dem Jahr 1932 zitiert, dass man „mal eine Anzahl von Kommunisten aufs Pflaster“ legen müsse, womit er die Aktionen der SA befeuern wollte. Das sahen Adel und

Konservative gemeinsam so und deshalb begrüßten sie die Nazis – auch wenn sie sie sonst verachteten. Deshalb ist man wenig überrascht, wenn der kulturpolitische Sprecher der AfD im Bundestag den Kronprinz als „eine der politisch zurückhaltendsten und am wenigsten kompromittierten Personen“ kennzeichnet. An dieser Stelle stand die bürgerliche Front im Parlament.

Debatte und Anhörung im Bundestag können hier nachgehört werden:  
<https://dbtg.tv/fvid/7414004>;  
<https://dbtg.tv/cvid/7414778>

*Gerd Wiegel*

## Wir sind wieder wer

Die neue Verteidigungsministerin und CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer hat endlich auch die Öffentlichkeit darüber informiert, wie es mit der noch immer „Verteidigungspolitik“ genannten militärischen Rolle Deutschlands weitergehen soll: Es geht jetzt um die „Bedrohung der liberalen Weltordnung“, bei der Deutschland „nicht nur einfach am Rande stehen und zuschauen“ dürfe. Deutlicher: „Wir haben eine Pflicht und vor allem ein Interesse, uns in die internationalen Angelegenheiten einzubringen.“ Es lohnt sich, diese Sätze zu übersetzen:

Was „eine Bedrohung der liberalen Weltordnung“ ist, entscheidet die Bundesregierung. Krieg kann also nach Gutdünken geführt werden und hat nichts mehr mit der im Grundgesetz definierten Landesverteidigung zu tun.

Der Begriff „liberale Weltordnung“ umfasst nicht nur das deutsche Verständnis von freiheitlicher Demokratie, sondern wohl vor allem die Wirtschaftsform, die

viel beschworene freie Marktwirtschaft, die ggf. herzustellen ist.

Wir handeln aus „Pflicht“ (Für wen? Für die Menschheit? Für die Interessen der Nation? Für die Interessen des Kapitals?). Also handeln wir moralisch, aus jener „Verantwortung“ heraus, die der damalige Bundespräsident Gauck 2014 auf der Münchner Sicherheitskonferenz zu popularisieren versuchte.

Aber: „Wir haben vor allem ein Interesse“ – welches ist das? Der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle hatte dieses Interesse schon im November 1992 in den von ihm erlassenen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ benannt und die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“ als Aufgabe der Bundeswehr festgelegt.

Dezidiert will Deutschland sich – militärisch – in die internationalen Angelegenheiten einbringen. Wie verträgt sich das mit dem Grundgesetz oder erst recht mit Art. 2.4 der UN-Charta, der „die Androhung oder Anwendung von Gewalt“ in den internationalen Beziehungen verbietet?

Dass das Völkerrecht in den Überlegungen der Verteidigungsministerin keine Rolle spielt, hatte sie schon mit ihrem Vorschlag der Einrichtung einer Sicherheitszone in Nordsyrien bewiesen. Immerhin ist Syrien noch immer ein Staat und Mitglied der Vereinten Nationen. Da will die Verteidigungsministerin in ihrer Vorstellung von Machtfülle und „Pflicht“ einfach so eine Besatzungszone einrichten? Es geht wohl eher darum zu zeigen, dass Deutschland als große Macht im syrischen Interessenknäuel nun auch mitreden und gegebenenfalls mitschießen

will – wie es sich halt für eine Großmacht gehört!

Und darum geht es: Geradezu mit Begeisterung hat die politische Klasse unserer Republik die Forderung von Donald Trump aufgenommen, den deutschen Verteidigungshaushalt auf 2 Prozent des BSP zu erhöhen. Die Erreichung dieses Ziels hieße, dass Deutschland dann – irgendwann zwischen 2024 und 2031 – mehr als 80 Mrd. US \$ fürs Militär ausgeben würde, knapp ein Viertel mehr als der derzeitige Rüstungshaushalt Russlands. Die Kopplung der Militäretats an das BSP aber ist der entscheidende Punkt: Deutschland wäre so der militärisch stärkste Staat der in massiver Aufrüstung befindlichen EU. Und es wäre zugleich der zweitstärkste Staat in der NATO und deren Vormacht in Europa. Dies bringt Außenminister Maas genial auf die Formel von der „balancierten Partnerschaft“: Deutschland würde zum Zünglein an der Waage zwischen NATO und EU. Wenn der eine Partner nicht so will wie Deutschland, wechselt man schlicht zum anderen. Nicht nur hat Deutschland gerade den deutsch-französischen Vertrag von Maastricht abgeschlossen, in dem es fast ausschließlich um Militärkooperation geht, es ist auch Drehscheibe des gerade beginnenden größten NATO-Manövers nach Ende des Kalten Krieges, Defender 2020.

Es geht hier nicht um die Frage, ob der deutsche Militarismus hier wieder fröhliche Urständ feiert. Die Frage ist, ob Militär und Gewalt nun auch vom wirtschaftlich stärksten Land Westeuropas wieder zum ganz normalen Mittel der Politik gemacht werden, ob statt der Stärke des Rechts in den internationalen Beziehungen wieder das Recht

des Stärkeren regieren soll. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte müssten Pflicht und Verantwortung deutscher Politik auf Ausgleich, Diplomatie und Frieden gerichtet sein. Das Durchsetzen eigener Interessen mittels Gewalt kann nur die Spirale der Gewalt befördern. Solche Politik ist – wissentlich – ein Meilenstein auf dem Weg in die Barbarei.

*Werner Ruf*

### **Regionalwahlen in Italien: Die „organische Krise“ geht weiter**

Die „organische Krise“ der herrschenden Klassen in Italien geht unaufhaltsam weiter – das ist ein Ergebnis der Regionalwahlen in der Emilia-Romagna und in Kalabrien. Die Krise drückt sich vor allem im fehlenden Zusammenhalt und der Unfähigkeit aus, eine stabile Hegemonie auszuüben.

Politisch stehen sich seit einiger Zeit ein Mitte-Links-Block um den Partito Democratico (der in den letzten zehn Jahren für eine spezifische Form des Neoliberalismus steht) und ein Mitte-Rechts-Block gegenüber, der aktuell von der ehemaligen Lega Nord geführt wird. Aus der früheren kleinen und sezessionistischen Partei des reichen Nordens, die für die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen stand, ist unter Matteo Salvini die führende Kraft der Rechten geworden. Mithilfe des Souveränismus und einer neonationalen Politik reagiert sie auf die Ängste und Bedürfnisse einer breiteren Unternehmerbourgeoisie, die den Schutz ihrer gesellschaftlichen Stellung erwartet, sowie einer zunehmend proletarisierten Mittelschicht und

breiter Teile der subalternen Klassen, die mittlerweile ohne jegliches Klassenbewusstsein sind.

Entscheidend für die Erosion der Wählerschaft von Mitte-Links, deren Fortschreiten bisher nur durch den Aufstieg des Movimento 5 Stelle (M5S) verhindert wurde, war die Buchstabierung des neoliberalen *consensus* mit einem partikularistischen Narrativ, das die Gründe für die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes in der ungebremsten Globalisierung und insbesondere in der EU und in den Migrationsbewegungen sieht. So ist es der Lega trotz ihrer früheren Beteiligung an der von Berlusconi betriebenen Privatisierungs- und Arbeitsmarktpolitik und mithilfe einer geschickten Nutzung der Social Media gelungen, sogar Sympathisanten der Linken sowie kommunistischer Organisationen zu gewinnen, die von der Verteidigung der weißen Arbeiterklasse gegen Globalisierung und die vermeintliche Konkurrenz durch ein migrantisches Subproletariat fasziniert sind.

Nach der kurzen Erfahrung der Regierung Lega-M5S mündete die Regierungskrise des vergangenen Sommers im September 2019 in eine Regierung M5S-PD. Dabei handelt es sich allerdings um eine sehr fragile Regierung, mit einer unklaren politischen Linie, die kein Gespür für die mittlerweile aggressiven Stimmungen im Land hat. In diesem Zusammenhang erlangten die Regionalwahlen in der Emilia-Romagna eine nationale Bedeutung. Salvini selbst hatte die Wahlen nicht nur als Abrechnung mit der Regierung bezeichnet, sondern auch als endgültige Eroberung einer seit 1945 von der Linken dominierten Region dargestellt.

Diese „Wahlschlacht“, in der Salvini systematisch die Auseinandersetzung mit immer neuen Provokationen anheizte, hat aber ein unerwartetes und für Salvini überaus negatives Ergebnis hervorgebracht. Der „Extremismus“ der Lega beängstigte schlussendlich die moderateren Teile der Mittelschichten, und hat es Mitte-Links leicht gemacht, zum Kampf gegen den „Faschismus vor den Toren“ und zur Verteidigung der „Zivilisation“ gegen die „Barbarei“ aufzurufen. Die Lega, die in den letzten Jahren in der Emilia-Romagna Ergebnisse um die 30 Prozent erreicht hatte, hat ihr Wählerpotenzial mit 32 Prozent ausgeschöpft und keine neuen Wähler hinzugewonnen (Mitte-Rechts hat insgesamt 43 Prozent erzielt). Die PD und Mitte-Links, die in der Emilia-Romagna schon seit langer Zeit unter ihren früheren Spitzenergebnissen blieben, vermochten hingegen ihre gesamte Wählerschaft zu mobilisieren, einen Teil der linken Nichtwähler zurück- und große Teile der Wählerschaft des M5S für sich zu gewinnen.

Regierung und PD gehen aus den Wahlen gestärkt hervor und werden demnach bis zum Ende der Legislatur weiterregieren – und wahrscheinlich auch den neuen Staatspräsidenten durchsetzen können.

Für die radikale Linke, die bis vor zehn Jahren aus Rifondazione Comunista und den Grünen bestand, war die Wahl eine Tragödie. Vielleicht als Wiedergutmachung für ihre frühere Unterstützung der PD hat die radikale Linke in der Emilia-Romagna gleich drei Listen aufgestellt, alle ohne jegliche Glaubwürdigkeit, und hat um eine winzige Wählerschaft gebuhlt. Ergebnis war, dass die wenigen übriggebliebenen

Wähler doch die PD gewählt haben, um den Sieg von Salvini zu verhindern. So haben die PC von Marco Rizzo 0,4 Prozent und L'Altra Emilia-Romagna (Rifondazione Comunista und PCI) sowie Potere al Popolo jeweils 0,3 Prozent bekommen.

Aus radikal linker Warte ist dies das wichtigste und schmerzhafteste Ergebnis: Die kommunistisch geprägte italienische Linke – ohne politische Linie, unnötig gespalten, unfähig, ein glaubwürdiges und verständliches politisches Projekt zu entwickeln und Geiseln von Generälen ohne Truppen, die tausende Niederlagen verursacht haben, befindet sich im Jahre Null und hat insgesamt 1 Prozent der Wählerschaft hinter sich. Wenn nicht schnellstmöglich ein Prozess der Reorganisation und Kooperation eingeleitet wird, der mit einer ernsthaften und realistischen Analyse der italienischen Krise, aber auch einer tief greifenden Erneuerung des Führungspersonals verbunden ist, bedeuten diese Wahlen das Ende dieses politischen Lagers.

*Stefano G. Azzarà*  
(Übersetzung: Nicoletta Negri)

## **Grüner Anstrich – die neue Koalition in Österreich**

„Private Seenotrettung führt zu mehr Toten“, zitierte die „Bild am Sonntag“ am ersten Wochenende des Jahres 2020 den zu diesem Zeitpunkt designierten österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz. Mit dem „BamS“-Interview stellte der Chef der rechtskonservativen Volkspartei (ÖVP) noch einmal klar, dass sich an der restriktiven und zynischen Asylpolitik einer von ihm geführten Regierung

auch mit grüner Beteiligung nichts ändern wird. Dass Kurz diese Aussagen gegenüber einer bundesdeutschen Zeitung machte und damit eine international wahrgenommene Schlagzeile produzierte, hatte Symbolcharakter. Tags zuvor hatte der Bundeskongress der Grünen darüber abgestimmt, ob die von vielen immer noch als links eingestufte Partei mit der unter Kurz weit nach rechts gedrifteten Volkspartei eine Regierung bilden solle. Grünen-Chef und nunmehriger Vizekanzler Werner Kogler konnte die grüne Basis überzeugen, und so stimmten 93,18 Prozent des Bundeskongresses für den Koalitionseintritt. Die deutliche Mehrheit überraschte Beobachter. Einige Tage zuvor war das Programm veröffentlicht worden, das als Grundlage für die Regierungsarbeit dient, und das in fast drei Monate dauernden Verhandlungen zwischen den Spitzen beider Parteien zusammengestellt worden war.<sup>1</sup> ÖVP und Grüne setzen in vielen Punkten fort, was Kurz zusammen mit der rechtsextremen Freiheitlichen Partei (FPÖ) im Herbst 2017 begonnen hatte.

Die großen Projekte der ÖVP-FPÖ-Koalition, die sich direkt gegen die Interessen der Lohnabhängigen richten, bleiben unangetastet. So ist weder von einer Rücknahme des Zwölf-Stundentages die Rede, noch rüttelt die neue Regierung am Umbau der Sozialversicherung, mit der die Beschäftigtenvertreter in der selbstverwalteten Institution entmachtet wurden. Die Poli-

<sup>1</sup> Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024 - <https://gruene.at/themen/demokratie-verfassung/regierungsuebereinkommen-tuerkis-gruen/regierungsuebereinkommen.pdf>

tik im Interesse von Unternehmern und Großkonzernen geht auch mit den Grünen in der Regierung weiter. So will die neue Koalition die Körperschaftssteuer von derzeit 25 auf 21 Prozent senken. Damit dürften dem Staat jährlich 1,5 bis zwei Milliarden Euro entgehen. Ebenfalls gesenkt werden soll die Lohnsteuer. Was sich zunächst wie eine positive Maßnahme für Lohnabhängige anhört, ist bei näherer Betrachtung ein weiteres Geschenk für Besserverdienende, die überdurchschnittlich davon profitieren. Jene, die an der unteren Skala des Lohnniveaus stehen, gehen hingegen leer aus, denn sie zahlen bereits jetzt keine Lohnsteuer. Unklar bleibt zudem, wie die Steuersenkungen finanziert werden. Wenig überraschend enthält das Regierungsabkommen keine neuen Abgaben wie Vermögens- oder Erbschaftssteuern, die von vielen Experten seit Jahren empfohlen werden. Da ÖVP und Grüne, neoliberalen Prinzipien verpflichtet, darauf pochen, keine Schulden zu machen, dürfte es in den kommenden Jahren zu weiteren Kürzungen kommen.

Die Pläne von ÖVP und Grünen beinhalten einige Maßnahmen zum Klimaschutz, die von Umweltorganisationen begrüßt wurden. Allerdings fällt auf, dass vieles im Programm vage bleibt. Zudem ist auch hier unklar, wie etwa angekündigte Investitionen in den öffentlichen Verkehr finanziert werden. Von einem „Planungsstopp“ für Autobahnbauprojekte, den der Grünen-Chef noch im Sommer gefordert hat, ist keine Rede mehr.

Frappierend ist, zu welch großen Kompromissen die Grünen im Bereich Menschenrechte, Asyl und Integration bereit waren. An der von Sebastian Kurz in der ÖVP etablierten offen aus-

länderfeindlichen Haltung ändert sich nichts, entsprechende Gesetze aus den vergangenen Jahren bleiben bestehen. Selbst die mit rechtsstaatlichen Prinzipien kaum vereinbare „Sicherungshaft“ soll eingeführt werden. Diese soll es Behörden ermöglichen, Personen einzig aufgrund des Verdachts einzusperrern, dass diese die öffentliche Sicherheit gefährden. Als die ÖVP-FPÖ-Koalition diese Idee erstmals präsentiert hatte, zeigten sich die Grünen entsetzt. Auch Überwachungsmaßnahmen, etwa von elektronischer Kommunikation, sollen ausgebaut oder das Bundesheer verstärkt „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit“ eingesetzt werden. Mit der Regierungsbeteiligung der Grünen wird die neoliberale und immer autoritärere Politik der vergangenen Jahre fortgesetzt. Schwer wiegt dabei, dass die sozialreaktionäre und teils offen ausländerfeindliche Politik der ÖVP nun einen grünen Anstrich bekommt. Rechte Politik wird durch die grüne Beteiligung an dieser weiter normalisiert und mangels linker Alternativen in Österreich wohl auf viele Jahre zementiert.

*Simon Loidl*

## **Belgische Zustände: Dem Volke dienen**

In Belgien ticken die Uhren anders. Seit den Wahlen vom 26. Mai letzten Jahres wird versucht, eine neue Regierung zu bilden. Das hat schon mal 541 Tage gedauert. Originell ist auch, dass eine Partei, die lange Zeit Mao und noch länger Stalin die Treue hielt, plötzlich wählbar ist: Die Partei der Arbeit Belgiens (PTB) bekam 8,6 Prozent der Stimmen (+4,9), in Wallonien sogar



13,6 Prozent. Während anderswo die radikale Linke kaum vom Niedergang der Sozialdemokratie profitiert, gewann die PTB mehr hinzu als die belgischen Sozialisten verloren haben.

Ein Erfolgsgeheimnis der PTB liegt wohl in grauer Vorzeit. Ihre strategische Richtschnur war Maos „Massenlinie“: „...in die Massen gehen, von den Massen lernen...“ Wie schon in ihrer Anfangsphase vor 50 Jahren führt die PTB noch heute umfangreiche Befragungen durch, um herauszufinden, wo den Leuten der Schuh drückt. Auf die Ergebnisse dieser Befragungen sind Kampagnen und Wahlprogramme abgestimmt.

Die Umsetzung der „Massenlinie“ erwies sich für die meist studentischen Parteien als schwierig. Viele Studenten gingen deshalb als Arbeiter in die Betriebe, z.T. bis zur Rente. Auch dadurch hat sich die PTB in den mächtigen sozialistischen und christdemokratischen Gewerkschaften verankert.

Die PTB ist eine Kümmererpartei, mit kostenlosen Rechtsberatungen und Ärztehäusern ohne Zuzahlungen, von denen seit 1971 elf gegründet wurden. Damit holte sie 1982 ihre beiden ersten Kommunalmandate in zwei flämischen Industrieorten. Kader und Abgeordnete erhalten nur ein Durchschnittsgehalt, damit sie den Kontakt zur Realität nicht verlieren. Auf dieser Grundlage funktioniert die PTB-Kampagne gegen korrupte Politiker: „Dienen statt Selbstbedienung“.

Der Dienst am Volk stieß wahlpolitisch lange nicht auf Gegenliebe. Das dürfte nicht nur mit „Dogmatismus, Phrasendrescherei ... und Humorlosigkeit“ zu tun haben, wie die PTB schon 1999 klagte, sondern auch mit einigen Aspekten ihres Internationalismus. Die China-

Freunde erklärten die Sowjetunion zum Feind der Menschheit und waren sich auch nicht zu schade, das Pol-Pot-Regime in Kambodscha hoch zu halten oder sich bis ins neue Jahrtausend bedingungslos mit Nordkorea zu solidarisieren. „Das ist vorbei“, erklärte ihr Sprecher Raoul Hedebouw 2012.

Die PTB versteht sich weiterhin satzungsgemäß als „kommunistische Partei unserer Zeit“, hat aber in der Ideologieabteilung ausgemistet. Die jährlichen Treffen mit Antirevisionisten wurden eingestellt, die alten Texte im Netz gelöscht und das sektiererische Image abgelegt. In der Kaderpartei wurden die Barrieren für normale Mitglieder gesenkt und auch beratende Mitglieder zugelassen. Von fast 400 im Jahr 1995 ist die Mitgliederzahl bis heute auf 20.000 angestiegen.

Die PTB hat ihre Kommunikation in und mit der Gesellschaft modernisiert und ihre Medienpräsenz verbessert. Über soziale Medien wurden im Wahlkampf täglich 500.000 Kontakte gemacht. Die größten Veränderungen haben in der Praxis der Partei stattgefunden. Sie konzentriert sich stärker auf die sozialen Probleme. Eine Kampagne für kostenlose Medizin war die erste von vielen. Sie sind jeweils professionell konzipiert, mit Unterschriftensammlungen, Aktionen und Buchveröffentlichungen. Ein anderes Thema war die Einführung einer Millionärsteuer. Gegenwärtig läuft eine Kampagne für 1.500 Euro Mindestrente. 150.000 Unterschriften wurden in drei Monaten gesammelt.

Für die PTB ist der außerparlamentarische Kampf entscheidend. Weder die Abgeordneten noch die Fraktionen spielen in der Partei eine eigenständige

Rolle. Bei Konflikten zwischen sozialen und ökologischen Themen gibt die PTB stets ersteren den Vorrang gibt; sensible Punkte wie Abschiebungen oder offene Grenzen werden nicht thematisiert. Aber die PTB ist weder nach eigenem Bekunden noch nach dem belgischer Politikwissenschaftler eine populistische Partei. Dazu würde auch nicht passen, dass sie für ein einheitliches Belgien eintritt und es ablehnt, Einwanderung zu erschweren. Sie fordert stattdessen – auch als Maßnahme gegen Lohndumping –, Migranten den Belgiern gleichzustellen und ihnen nach fünf Jahren automatisch die Staatsbürgerschaft zu verleihen. Dort wo die PTB stark ist, in Wallonien und Brüssel, hat das Thema Flucht und Migration für die Menschen kaum eine Rolle gespielt. In Flandern jedoch war es das Hauptthema und bescherte dem rechtsradikalen Flämischen Belang (VB) eine Verdreifachung des Stimmenanteils.

Der PTB scheint es gelungen zu sein, sich in Teilen der Arbeiterklasse zu verankern. Sie wird überdurchschnittlich von Arbeitern und Arbeitslosen, von Menschen mit Volks- und Sekundarschulabschluss, von Menschen mit geringen Einkommen und von Moslems gewählt. Für ihre Wähler waren an erster Stelle die Themen Arbeit und soziale Sicherheit entscheidend. Zuwachs bekam sie vor allem von sozialdemokratischen und grünen Wählern.

Auch wenn die PTB in Umfragen weiter im Aufwärtstrend ist, bleibt die Frage, wann das Potenzial ausgeschöpft ist. Das wird auch davon abhängen, was der Nutzen der PTB für ihre Anhänger ist. Gelingt es ihr, durch außerparlamentarischen Druck einige ihrer Ziele durchzusetzen? Oder gedulden sich ihre Wähler,

bis die PTB stark genug ist, um in einer Regierung mit Sozialdemokraten und Grünen einen Bruch mit neoliberaler Politik durchzusetzen?

*Nico Biver*

## **Strategiedebatte in der Partei DIE LINKE**

Nach den Wahlniederlagen bei der Europa- und den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen hat die Parteiführung der LINKEN eine Strategiedebatte initiiert. Sie erhofft sich davon, Debatten breit zu führen und mögliche Antworten auf die gewaltigen Veränderungsprozesse in der Gesellschaft, der deutschen Klassengesellschaft und der politischen Umbrüche zu finden. Am letzten Februarwochenende 2020 wird dazu eine große Konferenz mit knapp 500 Teilnehmenden in Kassel stattfinden. Dazu sind bislang über 270 Strategiebeiträge eingegangen.

Der Debatte liegen größere Veränderungen der letzten Jahre zugrunde: Die SPD schrumpft in der Großen Koalition scheinbar unaufhörlich und die Grünen profitieren – angetrieben von der Bewegung Fridays for Future. Derweil laboriert DIE LINKE noch an den Folgen der scharf geführten Migrationsdebatte und dem Scheitern von „Aufstehen“. Genauso heftig trifft DIE LINKE der politische Umbruch im Osten. Die mediale Protestführerschaft im Osten ist nun die AfD übergegangen. DIE LINKE scheint oberflächlich betrachtet auf der Stelle zu treten.

Hinter der Stagnation in den Umfragen stecken riesige interne Strukturumbrüche. Der LINKEN brechen vor allem im Osten Mitglieder und WählerInnen weg. Dieser Mitgliederrückgang hält

zwar schon seit der Wende an, erreicht jedoch gegenwärtig eine neue Qualität. Der altersbedingte jahrelange Mitgliederschwund war so lange zu verkraften, wie dies die Parteiaktiven organisatorisch auffangen konnten. Erstmals scheinen aber jetzt flächendeckend altersbedingt die Basisstrukturen und damit die Verankerung wegzubrechen. Währenddessen etabliert sich DIE LINKE auf niedrigem Niveau im Westen und hat nun erstmals mehr Mitglieder im Westen als im Osten. Wenig überraschend werfen diese Umbrüche große Fragen auf, die sich in der Strategiedebatte widerspiegeln.

Die allgemeinen Tendenzen der Debatte: Selbstversicherung und Klimabewegung. Aus der Partei sind aus allen Regionen und allen politischen Flügeln Debattenbeiträge eingegangen. Das Gros der Beiträge sind im engeren Sinne keine Strategiebeiträge, die Ziel, Weg und Gegner benennen. Die meisten eingegangenen Texte sind eher Schilderungen von Basismitgliedern oder eine Aneinanderreihung von Einzelforderungen. Gleichwohl lassen sich aus der Themenwahl die Hauptfragen ableiten, die die Partei bewegen. Zwei große Tendenzen bestimmen die Mehrheit der Beiträge:

- a) Ein großes Bedürfnis nach Selbstversicherung. Vielfach wurden die eigenen Kernforderungen Antikapitalismus, soziale Gerechtigkeit und Frieden und weitere Alleinstellungsmerkmale herausgestellt. Das zeigt einerseits eine gewisse Verunsicherung, andererseits ein klares Fundament der Partei.
- b) Interessant war aber eher, dass mindestens 3/4 der Beiträge Klimafragen thematisierten. Fast alle diese Beiträge betonten die Verbindung von Klima-

und Umwelt- mit sozialen und Klassenfragen. Gegenteilige Beiträge gab es kaum. Das ist natürlich den Debatten um Fridays for Future und der derzeitigen Bewegungskonjunktur geschuldet, aber in der unglaublichen Menge und Klarheit für DIE LINKE trotzdem sehr bemerkenswert.

*Die großen Streitfragen anders als gedacht:* Die erste Überraschung zuerst – Migration war so gut wie gar kein Thema. Das ist aber weniger Ausdruck einer Klärung als vielmehr der allgemeinen Erschöpfung. Auch die Beiträge zu den derzeit verbreiteten Milieudebatten machten nicht mehr als 15 Prozent der Beiträge aus. Hingegen kreisten 40–50 Prozent der Beiträge um die Fragen von Regieren und Opposition.

Bei den Einzelbeiträgen aus der Basis – gerade aus dem Osten – gab es hier eine große Besorgnis über das Aufgeben von Grundsätzen und der Unterscheidbarkeit der Partei. Im Gegensatz zu früheren Debatten um Regierung vs. Opposition hat sich die Debatte aber verschoben, da DIE LINKE in Sachsen auch in der Opposition verlor, aber dafür in Berlin erstmals einige soziale Reformen wie den Mietendeckel durchsetzen konnte. Einen größeren Stellenwert nahm dagegen viel mehr die Kritik an den Parlamentsfraktionen und ihrem gestiegenen Einfluss in der Partei generell ein.

*Beiträge der Führung:* Die Parteiführung in Partei und Fraktion setzte unterschiedliche Akzente quer zu den innerparteilichen Lagern. Der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch und die Parteivorsitzende Katja Kipping wollen „neue linke Mehrheiten“ und eine Linksregierung in der Post-

Merkel-Ära. Die restliche Führung äußert sich dazu weniger offensiv. Politisch relevant ist hingegen, dass das sogenannte „Hufeisenbündnis“ um Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht Klimafragen eher meidet und versucht, klassisch soziale Fragen in den Mittelpunkt zu stellen. Als Kontrapunkt dazu betont der Parteivorsitzende Bernd Riexinger den Zusammenhang von Klimafragen und sozialer Gerechtigkeit und schlägt dafür einen Green New Deal vor. Zu guter Letzt wirbt Sahra Wagenknecht für einen Beitrag, der darauf abzielt, dass DIE LINKE zur sozialdemokratischen Volkspartei werden soll, um in die strategische Leerstelle der alten SPD zu stoßen.

Was die Debatte schlussendlich bringt, ist noch offen.

*Janis Ehling*

## Greta und die starken Männer

Ende Januar trafen sich die Großen der Welt zum fünfzigsten Mal im schweizerischen Davos. Eingeladen hatte wie immer die (gemeinnützige) Stiftung „Weltwirtschaftsforum“, die von etwa 1.000 Mitgliedsunternehmen getragen wird.<sup>1</sup> Beim jährlichen WEF soll die Wirtschaftselite der Welt die Möglichkeit erhalten, Politikern, Wissenschaftlern und Öffentlichkeit medial verstärkt zu erklären, was unter ‚guter Politik‘ zu verstehen ist. Davos war und ist ein neoliberales politi-

sches und mediales Projekt, die Gründung 1971 fällt nicht zufällig mit dem Auslaufen der ‚fordistischen‘ Periode des Kapitalismus zusammen.

Das diesjährige Treffen mit dem Titel „Akteure für eine gemeinsame und nachhaltige Welt“<sup>2</sup> bestätigte dagegen auf unübersehbare Weise die Verunsicherung der versammelten globalen Machteliten. Statt Politik, Medien und Öffentlichkeit verkünden zu können, was globale Großkonzerne von der Politik erwarten, mussten sich die ‚Herren der Welt‘ (es sind, wie mehr als drei Viertel der Teilnehmer, Männer) von einem aus ihrer Sicht ‚kleinen Mädchen‘ sagen lassen: „Alle Pläne, alle Ihre politischen Maßnahmen, die keine radikalen, heute beginnenden Emissionskürzungen an der Quelle einschließen, sind vollkommen unzureichend.“ Und, schlimmer noch, sie mussten dieser ‚Nervensäge‘ auch noch applaudieren. Dabei hätten die meisten der Zuhörer – wie der neoliberale Historiker Niall Ferguson in einer Kolumne für die britische Sunday Times<sup>3</sup> ausplauderte – lieber Donald Trump und dessen Finanzminister Mnuchin zugestimmt, die das alte Lied von Wachstum, niedrigen Unternehmenssteuern, Deregulierung und Rekord-Aktienmärkten sangen und denen zu Greta Thunberg nur einfiel: „Wenn sie im College Wirtschaftswissenschaften studiert hat, kann sie zurückkommen und uns das erklären.“ (Mnuchin) Aber ihm und den meisten anderen Anwesenden dürfte klar sein, warum Greta und die

<sup>1</sup> Ein typisches Mitgliedsunternehmen hat in der Regel mindestens 5 Mrd. US-Dollar Umsatz, ist global aufgestellt und/oder gehört zum führenden Investor einer Branche oder einer Region.

<sup>2</sup> „Stakeholders for a Cohesive and Sustainable World“

<sup>3</sup> Eine Übersetzung der Kolumne findet sich in der NZZ v. 29.1.2020.

anderen Protestierenden von „Fridays for Future“ ihnen die Schau stehlen konnten: Das, was Greta und andere Umweltaktivisten ihnen in Davos unter die Nase rieben, haben Tausende von studierten Wissenschaftlern aller Fachrichtungen – vor fast 50 Jahren z.B. im ersten Bericht des Club of Rome – immer wieder gepredigt. Bei der ‚Wirtschaftselite‘ hatte das noch nicht einmal Achselzucken ausgelöst. Wenn die versammelten Milliardäre sich jetzt dabei überschlagen, um mit ‚grünen‘ Bekenntnissen Umweltsensibilität zu demonstrieren (während die Produktion von SUV ansteigt und investiert wird, um den letzten Rest fossiler Energie ausfindig zu machen), dann tun sie das allein aus politischen Gründen: Greta Thunberg ist es gelungen, eine politische Bewegung loszutreten, die mächtigen Druck auf Regierungen und Parteien ausübt; es ist allein diese Bewegung, die politische Themen setzt und die es schon aus Imagegründen ratsam erscheinen lässt, sich ein grünes Mäntelchen anzuziehen und pflichtschuldig auch dann zu applaudieren, wenn man eigentlich angegriffen wird.

Dass die grünen Sprüche der Wirtschaftselite hohl sind und dass – wie Ferguson zu wissen meint – „neun von zehn“ „Davos-Männern“ privat Thunbergs Rede „unmöglich“ und die von Trump nicht so schlecht gefunden hätten, dürfte auch den Klimaaktivisten klar sein. Dass in Davos trotzdem Thunberg und nicht Trump beklatscht wurde, ist, um den Gründer der VR-China zu zitieren, „gut und nicht schlecht“. Die Umweltbewegungen werden sehr genau beobachten, ob den ‚grünen‘ Bekenntnissen Taten folgen. Erfolgt dies nicht – und wenig

spricht für einen baldigen radikalen Kurswechsel der Konzerne – dann könnte es doch dazu kommen, dass der Meinung einer internationalen Bevölkerungsmehrheit, die vom Kapitalismus „mehr Schaden als Gutes“ erwartet<sup>4</sup>, entsprechende Taten folgen.

*Jörg Goldberg*

---

<sup>4</sup> Dem „Trust Barometer“ der PR-Agentur Edelman zufolge haben 56 Prozent von 34.000 befragten Menschen in 28 Ländern der Aussage zugestimmt, dass der Kapitalismus „mehr Schaden als Gutes in der Welt“ bewirkt.